

Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Bessere politische Bildung für Jugendliche!; Begründungsbericht

Der Stadtrat hat mit SRB 2016-152 vom 10. März 2016 die folgende Motion als Richtlinie erheblich erklärt:

Am 3. April 2014 wurde die VOX-Analyse zur Abstimmung der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass lediglich 17% der unter 30-jährigen Stimmberechtigten abgestimmt haben. Auch wenn diese Ergebnisse in der Zwischenzeit relativiert wurden: Alle Erhebungen zeigen, dass die Stimmbeteiligung der Jungen wesentlich tiefer ist, als diejenige der über 30-jährigen Stimmberechtigten.

Es ist demokratiepolitisch bedenklich, wenn junge Menschen ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen und damit politische Entscheidungen älteren Generationen überlassen. Dies insbesondere, weil Junge häufig anders abstimmen würden als ältere Menschen: Die Jungen haben die Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar am klarsten abgelehnt.

Anscheinend fehlt vielen jungen Leuten ein grundlegendes politisches Bewusstsein oder die Überzeugung mit der eigenen Stimme etwas verändern zu können.

Was die sinkende Stimmbeteiligung unter Jungen für die direkte Demokratie in der Schweiz in 50 Jahren heisst, können wir uns denken: eine stetig sinkende Stimmbeteiligung und einen immer kleineren Teil der SchweizerInnen, der sich an der offiziellen Politik beteiligt.

Diese Konsequenz kann auf keinen Fall im Sinne der Politik sein und der Zeitpunkt für einen Kurswechsel ist jetzt. Die Stadt Bern muss in dieser Frage Verantwortung übernehmen. Die Unterzeichnenden fordern deshalb vom Gemeinderat:

1. Für alle 18-jährige der Stadt Bern jährlich eine Veranstaltung zu organisieren, bei der die politischen Rechte erläutert werden. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie abgestimmt und gewählt wird und welche Bedeutung Abstimmungsentscheide haben. Die Veranstaltung kann in Zusammenhang mit der jährlichen StimmbürgerInnenfeier organisiert werden.
2. Die Jugendlichen sollen für diese Veranstaltung von der Schule, vom Gymnasium oder vom Lehrbetrieb dispensiert werden.
3. Im Angebot des Berner Ferienpasses Fäger-Kurse anzubieten, die politische Bildung auf lustvolle Art und Weise vermitteln, zum Beispiel im Angebot der „Kinder-Uni“.

Bern, 08. Mai 2014

Erstunterzeichnende: Seraina Patzen

Mitunterzeichnende: Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Franziska Grossenbacher, Mess Barry, Esther Oester, Regula Tschanz, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour

Begründungsbericht

Die Motion will die politische Bildung von jungen Menschen stärken. Diese ist eine wichtige Voraussetzung, damit Kinder und Jugendliche lernen, im Erwachsenenleben aktiv ihre Bürgerrechte wahrzunehmen. Politische Bildung soll deshalb in der Schule gelehrt und geübt werden. Gemäss Volksschulgesetz des Kantons Bern sollen die Kinder und Jugendlichen zu verantwortungsvollem Handeln gegenüber Mitmenschen und Umwelt gebildet und erzogen werden. Dies ist so im Lehrplan verankert. Die Volksschule soll Kinder und Jugendliche befähigen, grössere politische und gesellschaftliche Zusammenhänge erkennen und verstehen zu können, als Grundlage für die Stärkung der eige-

nen Urteils- und Kritikfähigkeit. Damit wird darauf hingewirkt, dass sie im Erwachsenenalter ihre politischen Rechte wahrnehmen können, was wiederum eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Demokratie ist.

Auch dem Gemeinderat ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Kinder und Jugendlichen in der Stadt Bern sowohl in der Schule wie auch in der Freizeit politische Bildung erleben. Insbesondere mit der Schaffung der Schülerinnen- und Schülerräte in der Volksschule sowie des Kinder- und Jugendparlaments hat er Strukturen geschaffen, in welchen Kinder und Jugendliche politische Bildung konkret erleben und politische Entscheidungsprozesse in der Praxis altersgerecht und mit einem hohen Bezug zur eigenen Erlebniswelt ausprobieren können. Ebenfalls bestehen in der Stadt Bern Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bei Planungsprozessen; Im Rahmen von Schulhausbauten, Gestaltung von Spielplätzen, Sportanlagen und weiteren Aussenräumen erhalten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, ihre Meinung und Ideen zu entwickeln und in die Planungsprozesse einzubringen.

Zu Punkt 1:

Das in Punkt 1 formulierte Anliegen, jährlich eine Veranstaltung zum Thema politische Bildung zu organisieren, entweder im Rahmen einer zusätzlichen Veranstaltung oder in Erweiterung der jährlich stattfindenden Volljährigkeitsfeier, wurde mit dem Jugendparlament diskutiert. Gestützt darauf hat sich der Gemeinderat entschieden, die Veranstaltung in Erweiterung der jährlich stattfindenden Volljährigkeitsfeier durchzuführen.

Seit Jahren lädt der Gemeinderat die in der Stadt Bern lebenden Jugendlichen, die volljährig werden, zur Volljährigkeitsfeier ein. Er wendet sich dabei jeweils an alle in der Stadt Bern wohnhaften Jugendlichen des entsprechenden Jahrgangs. In den letzten vier Jahren fand der Anlass im Bundeshaus statt. Von den rund 1 000 jungen Frauen und Männern pro Jahrgang nehmen jeweils rund 120 Jugendliche am Anlass teil.

Das Jugendparlament hat im Jahr 2017 erstmals an der Volljährigkeitsfeier teilgenommen. Mitglieder des Jugendparlaments haben das Jugendparlament am Anlass vorgestellt, um die jungen Erwachsenen über Angebote und Projekte des Jugendparlaments und die politischen Partizipationsmöglichkeiten zu informieren. Die Information beinhaltete auch Ausführungen betreffend die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen und deren Bedeutung.

Zu Punkt 2:

Die Volljährigkeitsfeier findet jeweils von 18.00 – 21.30 Uhr statt, also während der Freizeit der Jugendlichen/jungen Erwachsenen. Somit ist für diesen Anlass keine Dispensation nötig. Würde eine zusätzliche Veranstaltung während der Schul- oder Arbeitszeit angeboten, wäre eine Dispensation durch die jeweiligen Schulen (Volksschule/Sekundarstufe I, Gymnasium und Mittelschulen/Sekundarstufe II) bzw. durch die Lehrbetriebe notwendig. Soweit die Sekundarstufe II bzw. die Lehrbetriebe betreffend, hat der Gemeinderat keinen direkten Einfluss auf Dispensationen; er kann sich lediglich gegenüber dem Kanton, der für die Sekundarstufe II zuständig ist, und den Lehrbetrieben dafür einsetzen, dass die Jugendlichen für den Besuch einer Veranstaltung eine Dispensation erhalten.

Zu Punkt 3:

Im Berner Ferienprogramm Fäger, das von rund 30 Gemeinden getragen wird, werden von Privaten, Vereinen oder anderen Dritten durchgeführte Veranstaltungen vermittelt. Auf die inhaltliche Konzeption der Kurse hat der Gemeinderat keinen Einfluss. Das Jugendamt der Stadt Bern übernimmt lediglich die Koordination und die Auswahl der angebotenen Kurse. Bei der Kinderuni handelt es sich um eine Veranstaltungsreihe der Universität Bern in Zusammenarbeit mit dem Verein Kultessen und dem Fäger. Die Kinderuni führt unter anderem auch Veranstaltungen zum Thema politische Bildung durch. Diese Veranstaltungen werden im Fäger beworben.

Das Jugendparlament der Stadt Bern setzt sich insgesamt für mehr politische Bildung und einen einfachen und niederschweligen Zugang zur Politik ein. Es arbeitet dafür mit den wichtigen politischen Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich zusammen, zum Beispiel mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente oder mit den Schulen der Region Bern. Zusammen mit dem Gaskessel Bern veranstaltet es mehrmals jährlich Podien für Jugendliche und junge Erwachsene zu den aktuellen Abstimmungsvorlagen sowie zu anderen politischen Themen. An der Debatte nehmen Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker teil und es findet eine angeregte Diskussion mit dem Publikum statt. In Zukunft ist eine noch engere Zusammenarbeit des Jugendparlaments mit den Schülerräten geplant. Weiter will das Jugendparlament zukünftig ein Wochenende organisieren, an welchem Jugendliche aktiv selbst Politik betreiben, indem sie jugendthemenbezogene Motionen und Postulate erarbeiten, welche im Anschluss vom Jugendparlament behandelt werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Bern, 7. März 2018

Der Gemeinderat